

## 4. Stadtverwaltung und Parteien in einer schwierigen Zeit

Die nachfolgende Dokumente geben Aufschluss über die Stimmungslage in der Bevölkerung angesichts der Wohnungs- und Häuserbeschlagnahmen im Zeitraum 1945/46 und die Probleme, mit denen die Stadtverwaltung zu tun hatte - eine schwierige Aufgabe.

### 4.1 Aufruf von Bürgermeister Treffert vom 26.7.1946<sup>1</sup>:

*In den letzten Tagen kursieren in Bensheim verschiedene Gerüchte. Ausgelöst sind sie durch den Zuzug amerikanischer Familien, durch den Fortzug der Polen und durch das Hinzukommen von Juden aus dem Osten. Es ist verständlich, wenn die Bevölkerung beunruhigt ist, weil sie durch die Begehung, der Wohnungen, durch notwendige Wohnungsräumungen und Zwangsumquartierungen das Schlimmste für ihre Familien befürchten muß. Die vielfach ausgesprochenen Befürchtungen, als ob dies oder jenes Stadtviertel zur Unterbringung von Juden geräumt werden müßte, sind nicht am Platze.*

***Die Stadtverwaltung tut alles, um die Bevölkerung, soweit das mir irgendwie möglich ist, zu schonen und sie in ihren Wohnungen zu belassen.***

*Es gibt gewisse Kreise, die ein Interesse daran haben, die Bevölkerung zu beunruhigen, um, politische Geschäfte zu machen. Dabei wird auch immer wieder behauptet, unter Hitler wäre es doch besser gewesen als heute, und es wird sogar behauptet, der Bürgermeister sei schuld an all den jetzt getroffenen und noch zu treffenden starken Eingriffen. Es gibt auch Personen, die den Anweisungen der Behörde nicht Folge leisten, und es kam da und dort auch zu Auseinandersetzungen mit Polen, Amerikanern und Behördenvertretern.*

*Ich halte es für notwendig, ein ernstes Wort an die Bevölkerung zu richten.*

*Die von mir getroffenen Maßnahmen geschehen gewiß nicht, um die Bevölkerung zu, beunruhigen oder ihr irgendwelchen Schaden zuzufügen. Sie geschehen entweder auf höhere Anweisung oder aus innerer Notwendigkeit. Wenn z. B. von der Militärregierung ein Stadtviertel in Auerbach von insgesamt 51 Häusern beschlagnahmt wird, so bedeutet das, daß Hunderte dort wohnender Menschen anderweitig untergebracht werden müssen. Wenn 2000 Juden nach Bensheim zugeteilt werden, dann ist die Stadtverwaltung verpflichtet, sie in vorgeschriebener Form unterzubringen. Wie soll das bei unserer ausgebombten Stadt, bei der Enge der Wohnungen, bei der großen Zahl der uns schon überwiesenen Flüchtlingen geschehen? Es kann nur geschehen, durch schwer empfundene Eingriffe, die sich aus den ganzen Verhältnissen notwendigerweise ergeben. Wenn die Bevölkerung Schwierigkeiten bereitet, oder es sogar zu Unruhen kommt, dann wird ein Regierungskommissar in Bensheim das Weitere veranlassen, oder die Militärregierung wird selbst einschreiten in einer für die Bevölkerung weit -unangenehmeren Weise, als das jetzt durch die Stadtverwaltung geschieht.*

***Ich richte daher die dringende Bitte an die Bevölkerung, die Ruhe zu bewahren und sieh nicht zu unbesonnenen Schritten hinreißen zu lassen, die den Betroffenen selbst lind vielleicht der ganzen Bevölkerung Bensheims zum Schaden gereichen könnten. Unruhestiftern und Gerüchtemachern muß scharf entgegengetreten werden. und ich***

---

<sup>1</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Sammlung von Flugblättern und Plakaten (Verordnungs- und Anzeigenblatt des Kreises Bergstraße); auszugsweise auch abgedruckt in: „...wohnen auf der verfluchten deutschen Erde“. Jüdisches Leben in Südhessen nach 1945. Die DP-Lager in Lampertheim, Lindenfels, Dieburg und Babenhausen, sowie die Anfänge der Jüdischen Gemeinde Darmstadt. Ausstellungskataloge des hessischen Staatsarchivs Darmstadt 18, 1998, S. 34 f

**bitte die Bevölkerung, dazu beizutragen, daß unserer Stadt nicht noch Schlimmeres widerfährt.**

Wenn jetzt im **badischen Gebiet Eipulver, Käse etc. zur Verteilung gelangen**, dann hagelt es Zuschriften, daß die Stadtverwaltung Bensheims nicht auf dem Posten ist und die Leute gehen ins Badische zu kaufen. Sie bedenken dabei nicht, daß sie entweder hier schon beliefert sind oder noch beliefert werden, weil die Zuteilung überall die Gleiche ist. Die Vorräte reichen nicht, um alle Bezirke gleichzeitig zu beliefern. Die Zuteilung erfolgt von übergeordneten Stellen. Die Kritiker sehen nur aus engstem Gesichtskreis einen Vorgang, ohne die Gesamtzusammenhänge zu kennen und üben deshalb Kritik Über Kritik. Daraus entstehen wieder die tollsten Gerüchte, größten Vorwürfe und Verdächtigungen.

Hausfrauen klagen täglich über das **leidige Schlangenstehen**. Überall, wo sich eine Ladentür öffnet, erscheinen die Schlangensteher. Auf Fragen was es hier zu kaufen gibt, erhält man oft die Antwort: "Wir wissen es nicht, aber es wird schon etwas geben." Also man stellt sich an und schimpft über das Stehen. Bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten Stellen sich die Leute 2-3 Stunden vor Öffnung der Ausgabestelle an und schimpfen.. Als ob nicht jeder Einwohner seine Karte erhielt. Wird nach Nummern ausgegeben, will auch jeder der erste sein. Man stellt sich auch da an, wo es nicht notwendig ist - und schimpft. Wenn man den verschiedenen Gerüchten nachspürt, dann sind sie vor einer Ladentür entstanden, Dort befinden sich auch die lieben Denunzianten und Kritikaster.

Von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich wurde jetzt ein **Viermächteausschuß zur Bekämpfung von Gerüchten** gebildet, um wirksam gegen organisierte deutsche Versuche vorzugehen, Unruhen zu stiften. Der Ausschuß stellt eine Unterabteilung des Alliierten Kontrollrates dar. **Die deutsche Untergrundpropaganda** soll damit erfaßt und wirksam bekämpft werden Auch in Bensheim tut man gut daran, davon ernstlich Notiz zu nehmen.

Durch all die Ereignisse (hierzu gehört auch das Einziehen von Bezugscheinen für Spinnstoffe und die Sperrung derselben, die geringe Zuteilung von Schuhen und Hausrat, die Erschwerung auf dem Gebiete der Ernährung) ist auch der Publikumsverkehr In den einzelnen Verwaltungsstellen dermaßen angewachsen, daß die Sachbearbeiter ihr Arbeitspensum nicht mehr erledigen können. Die Sprechstunden werden seit einiger Zeit nicht mehr eingehalten, die Kräfte werden durch kleinliche Auskünfte überbeansprucht, und jeder glaubt, in seiner Sache den Sachbearbeiter, den Dezernenten, den Beigeordneten und den Bürgermeister persönlich in Anspruch nehmen zu müssen. Dabei stehen die leitenden Persönlichkeiten vor so großen Aufgaben, die sie nur bewältigen können, wenn sie von dein immer mehr zunehmenden Publikumsverkehr und der Auskunftserteilung nicht so stark in Anspruch genommen werden.

Es muß deshalb von jetzt ab streng darauf gesehen werden, daß die Sprechstunden unbedingt eingehalten werden. Die Sprechstunden sind vormittags von 9-12 Uhr. Nachmittags sind sämtliche Büros für den Publikumsverkehr geschlossen. Beigeordneter Schmidt kann nur noch Montags und Freitags und ich persönlich nur noch Dienstags und Freitags, vormittags von 9-12 Uhr Publikum empfangen. Außerdem sind wir abwechselnd Donnerstags von 10-12 Uhr in Auerbach im Rathaus zu sprechen. Mittwochs bleibt das Rathaus völlig geschlossen, um den Beamten und Angestellten die Möglichkeit zu geben, ihre dringenden Arbeiten im Interesse der Bevölkerung zu erledigen. -

Ich bitte auch, mich persönlich nicht wegen jeder Unstimmigkeit und vermeintlichem Zurückgesetzt werden in Anspruch zu nehmen. Jeder, der unnütz meine und der genannten Herren Arbeitskraft in Anspruch nimmt, hält uns von wichtigster Arbeit ab und schädigt dadurch nicht nur sich selbst, sondern auch die gesamte Bevölkerung. In letzter Zeit wird sogar brieflich angefragt, wann ich zu sprechen bin Ist es schon unmöglich, jedem Anfragenden besonders zu antworten, darin ist es ganz unmöglich, eine bestimmte Zeit zu vereinbaren, weil plötzliche

Abberufungen, durch wichtige Verhandlungen erfolgen können. Es läßt sich nicht vermeiden, dass man selbst einmal zu der angesetzten Sprechstunden, nicht anwesend sein kann.

Ich bitte auch die Bevölkerung, sich in ihren **Eingaben und Gesuchen möglichst kurz zu fassen**. Ei kommt auf den Kern der Angelegenheit an und nicht darauf, in mehreren Seiten Schreibmaschinen oder gar unleserlicher Handschrift die Sache zu erschweren. Damit leistet sich der Gesuchstellen bestimmt keinen guten Dienst.

Ich bitte auch, davon Abstand zu nehmen, die **Briefe an mich persönlich**, oder unter der Aufschrift "privat" oder "Einschreiben", persönlich zu richten, weil es unmöglich ist, diese Post selbst zu öffnen, zu lesen und zu beantworten. Die Postbearbeitung muß aus Zweckmäßigkeitsgründen im allgemeinen Geschäftsgang erfolgen. Nur In ganz besonders gelagerten Verhältnissen, oder wo es sich wirklich um rein persönliche Dinge handelt, kann man anders verfahren.

Es Ist auch völlig zwecklos **Verwandte oder Bekannte in Anspruch zu nehmen**, und Ihnen Gesuche zu unterbreiten oder Beschwerden zur Weiterleitung an mich oder den Herrn Beigeordneten zu übergeben oder sie als Mittelspersonen zu benutzen. Ich bitte weder diese zu belästigen, noch mich und andere, Beamte in ihren **Privatwohnungen** in dienstlichen Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen. Auch Verwandte oder Bekannte haben nicht das Recht der bevorzugten Behandlung.

Ich bitte weiterhin, die Beamten und Angestellten mit Bitten zu verschonen, **Bescheinigungen über die politische Zuverlässigkeit auszustellen**. Es Ist das seit längerer Zeit untersagt und bringt die Betroffenen nur in Gewissenskonflikte. Auch der Bürgermeister kann nur Bescheinigungen ausstellen, wenn er dienstlich und amtlich dazu aufgefordert wird.

Ich weise darauf hin, daß der **Tausch- bzw. Schwarzhandel** mit der hier zugezogenen Bevölkerung, auch mit Ausländern und Juden, streng verboten Ist. Die Polizeiorgane sind angewiesen, mit aller Schärfe gegen diejenigen vorzugehen, die dem Verbot zuwiderhandeln oder **irgendwelche Ungesetzlichkeiten begehen**. Eltern und Erziehungsberechtigte werden ermahnt, auf die ihnen anvertrauten Jugendlichen einzuwirken, daß sie keinerlei **Tausch- und Schwarzhandel** betreiben, da Eltern und Jugendliche für diese Taten zur Verantwortung gezogen werden. **Auch das Vermieten von Wohnungen und möblierten Zimmern** ohne ausdrückliche Genehmigung des Wohnungsamtes ist streng verboten und wird schwer bestraft.

**Diebstähle und Einbrüche** nehmen überhand und stehen mit Tausch- und Schwarzhandel in engem Zusammenhang. Von der Stadtverwaltung geschieht durch Einsatz von Polizei, Feldschützen und Helfern, alles, Ordnung zu schaffen. Das gelingt nur, wenn die Gesamtbevölkerung alle Aktionen unterstützt.

Die Bevölkerung muß einsehen, daß die Verhältnisse stärker~ sind als die Menschen. Wir haben den Krieg verloren und der Nationalsozialismus hat uns einen Trümmerhaufen hinterlassen, der nicht in wenigen Jahren aufgeräumt werden kann. Die Verwaltung und der Bürgermeister sind bei ihren Handlungen an Richtlinien und Vorschriften der verschiedensten Art gebunden und können nur im Rahmen dieser Richtlinien handeln. Sie tun alles, um von der Bevölkerung Schlimmstes abzuwenden und ihnen nach Möglichkeit bei dem wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Wiederaufbau zu helfen.

Die vor uns liegenden schweren Aufgaben können jedoch nur gelöst werden, wenn die Bevölkerung nicht kritisierend und nörgelnd abseits steht, sondern tatkräftig mit Hand anlegt, um die schwergeprüfte Stadt und die Gesamtbevölkerung vor dem Chaos zu bewahren.

Bensheim, den 26. Juli 1946.

**Der Bürgermeister: Treffert.**

Approved with special permission of suformation Control Darmstadt, 27.July 1946

## 4.2 Bericht der Christlich-Demokratischen-Union für den Zeitraum 15.-30. Juli 1946<sup>2</sup>

Christlich-Demokratische-Union Bensheim

Bensheim 30. Juli 1946.

Betr.: Bericht für die Zeit vom 15. - 30. Juli 1946.

In die Berichtszeit fällt eine tiefgehende Erregung der Bensheimer Bevölkerung. Sie war herbeigeführt durch eine Massnahme des städtischen Tohnungsamtes und wurde verstärkt durch in der gleichen Zeit aufgekommene Gerüchte, wonach Häuser ganzer Strassenzüge geräumt und mit Ostjuden belegt werden sollten. Man kann *wohl* sagen, dass in letztvergangener. Zeit, keine Erregung so tief die Gemüter erfasst und so allgemein sich weiter Kreise der Bensheimer Bevölkerung bemächtigt hat, Das städtische Wohnungsamt ist seit Umbesetzung der leitenden Verwaltungsstellen im Frühjahr dieses Jahres bemüht, die zahlreichen Wohnungssuchenden In den vorhandenen Wohnungen unterzubringen und deren und der bisherigen Wohnungsinhaber Wünsche zu befriedigen. Zu diesem Zwecke hat es mit Hilfe der Parteien eine allgemeine Wohnungsbegehung und eine Aufstellung des gesamten Wohnraumes in den Häusern der Stadt durchgeführt, Dabei ist *das Amt* zu dem Ergebnis gekommen, dass zwar mehr als 70.Wohnungen überbelegt- d.h. mit mehr als einem Bewohner in einem Raum belegt mehr als 900 dagegen unterbelegt -d.h. mitweniger als einem Bewohner in einem Raume belegt- sind, Diese Zustände betrachtet das Amt als Misstände, und die Stadtverwaltung hat darum den festen Willen geäussert, diese Misstände zu beseitigen und die Wohnungen -so zu belegen, dass auf jeden Wohnraum ein Bewohner *entfällt*, Darüber sind viele Wohnungsinhaber in Erregung geraten, Die Parteileitungen unterstützen das Bestreben der Stadtverwaltung mit *allen* zu Gebote stehenden Mitteln. Ganz klare *Stellung hat* die Christlich-Demokratische Union dazu eingenommen. Öffentlich und von Mund zu Mund fordert sie die Bevölkerung auf, sich auf ihre Christenpflicht zu besinnen und den Notleidenden zu helfen. Mit Befriedigung kann sie dabei feststellen dass durchaus nicht allgemein mangelndes Verständnis für die Not der Mitmenschen und fehlende Einsicht in die Lage der Stadtverwaltung die Ursache der ablehnenden Haltung sind, sondern dass diese in dem Charakter der in Betracht kommend Häuser begründet liegt. In den meisten Fällen handelt es sich *um* Einfamilienhäuser, deren Wohnräume ineinander gehend und darum nicht leicht zu trennen sind und in denen nur ein Kochraum zur Verfügung steht Zweifellos bedeutet es ein Opfer, in diese Häuser fremde Menschen aufzunehmen, Doch- die CDU ist der Ansicht, dass aussergewöhnliche Notzeiten auch aussergewöhnliche Opfer fordern, Darum stützt sie das Wohnungsamt und rät zu konsequenter Durchführung der gefassten Entschlüsse, Wie schon erwähnt, wurde die Erregung noch verstärkt durch in gleicher Zeit aufgekommene Gerüchte über die Unterbringung von 2000 Ostjuden in der Stadt.

Zwar hat die Stadtverwaltung darüber eindeutige Erklärungen abgegeben: Die in den Lagern der Stadt untergebrachten Fremdarbeiter verlassen diese und werden in grossen Sammellagern innerhalb der amerikanischen Zone zusammengezogen, An ihrer Stelle beziehen Ostjuden, die in die amerikanische Zone täglich *einströmen*, die Lager, Doch statt diesen beruhigenden Erklärungen zu glauben, *haben viele* Bewohner Gerüchten Glauben geschenkt, welche aus Orten im Ried, besonders aus Lamperthelm, hierhergedrungen sind Darnach ist auch dort eine grosse Anzahl Ostjuden untergebracht, die auch anfänglich in Lagern Quartier beziehen sollten, es aber durchzusetzen wussten, dass ihnen Bürgerhäuser zu Wohnungen gegeben wurden, so dass die in Notunterkünften aufgenommenen Bürger jetzt nicht nur ihre Wohnungen entbehren, sondern auch zusehen müssen, wie mit ihrer Habe umgegangen wird. Die Bewohner von ganzen Stadtteilen sind durch diese Gerüchte in Angst und schrecken versetzt worden, und es hat des ganzen Einflusses Besonnener bedurft, um die Gemüter zu beruhigen. Es wäre zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu wünschen, wenn diese Angelegenheiten bald geklärt werden könnte.

**1. Vorsitzender (Unterschrift unleserlich)**

---

<sup>2</sup> Protokollbuch der CDU Bensheim (Privatarchiv Martin Hellriegel)

### 4.3 Der Schwarzmarkt im Spiegel eines FDP-Fraktionsantrags<sup>3</sup>

Bensheim, den 17. August 1948

In der Sitzung vom 29 Juli 1948 stellte die Fraktion der **Liberal Demokratischen Partei** folgenden Antrag:

*"Die Stadtverordneten wollen beschließen:*

*Die Stadtverwaltung ergreift sofort im Einvernehmen mit der örtlichen Militärregierung unter Einsatz der städtischen Polizei alle Maßnahmen, die geeignet sind, zu verhindern, daß Bensheim weiterhin den Mittelpunkt des Schwarzen Marktes bildet,"*

*Zur Begründung des Antrages wies Stadtverordneter Jung darauf hin, daß in Bensheim durch den Schwarzmarkt unhaltbare Zustände eingerissen seien. Der Schwarzmarkt sei über die Grenzen Bensheims hinaus bekannt. Man könne in den DP-Lagers alles kaufen und die Leute würden auch zum Teil auf der Straße belästigt. Er selbst habe sich davon überzeugt, daß der Handel sich öffentlich abspiele, ohne daß die Polizei einschreite. Stadtverordneter Jung 12 achte, der Polizei Vorwürfe, daß sie den Schwarzmarkt noch nicht unterbunden hätte .und er sucht dringend, baldige Maßnahmen zu ergreifen, dieses unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten, Bürgermeister Treffert berichtet, daß die Polizei ihr mögliches tue, um geordnete Verhältnisse zu schaffen. Er verwies darauf, daß schon Erfolge zu verzeichnen seien, schildert aber auch die Schwierigkeiten, die die Polizei hat, einmal, weil die Gebäude, in denen die Dps untergebracht seien, weit auseinander-gezogen liegen und weil die Polizei nicht in die Gebäude hinein dürfe. Sie könne nur einschreiten, wenn sie auf der Straße Unregelmässigkeiten feststelle. Es sei aber auch schwierig, weil die deutsche Bevölkerung diesen Handel unterstütze und selbst den DP. s einen Wink gäbe, wenn die Polizei, sichtbar sei. Die Polizei tue alles, den schwarzen Markt zu bekämpfen. Gemeindevertreter Jung verlangt jedoch " schärfere Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt. Es müssten Razzien ausgeführt werden von den Polizeibeamten, und zwar in größerem Ausmaß. Die Zustände, die innerhalb der Lager herrschen, seien in dieser Beziehung unhaltbar. Es seien sogar in den Lagern Verkaufszimmer eingerichtet, wo alles zu haben sei. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Gemeindevertreter Göbel (CDU), Käferstein (SPD.) und Lehmann-Lauprecht (KPD.) beteiligten. Den Antrag der SDP, Maßnahmen zu ergreifen, um den Schwarzmarkt zu bekämpfen, wurde stattgegeben und einstimmig beschlossen, daß alle diejenigen, die bei Schwarzmarktgeschäften angetroffen werden, öffentlich angeprangert werden sollen, und zwar durch Bekanntgabe ihres Namens. "*

---

<sup>3</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Protokollbuch der Stadtverordnetensitzungen. Siehe auch HStA Wiesbaden, Abteilung 503, Nr. 268